Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister
22. März 2013
Anlagen

Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Ausschussstruktur ab der nächsten Wahlperiode zu verändern

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit Schreiben vom 07.03.2013 nehmen Sie Bezug auf den Beschluss des Stadtrates vom 13.12.2010 zur HH-Konsolidierungsmaßnahme 166 „Verringerung der Anzahl der SR-Ausschüsse" (Beschluss-Nr. 726-28(V)10) und bitten um schriftliche Stellungnahmen der Fraktionen zu Ihren Vorschlägen bzgl. der Reduzierung von Ausschüssen bis Ende März 2013.

Das Ziel Ihres Vorschlages ist es, die Anzahl der Ausschüsse künftig zu reduzieren und die Ausschussstruktur an die Dezernatsstrukturen anzupassen (zu jedem Dezernat soll ein Ausschuss zugeordnet werden). Dies soll den Verwaltungsaufwand senken und Kosten einsparen.

Grundsätzlich sehen wir die Änderungen der Ausschussstruktur weniger unter dem Aspekt der Haushaltskonsolidierung, sondern unser Fokus richtet sich vielmehr auf die Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit des Stadtrates und die Qualität der Ausschussarbeit.

Die Zusammenlegung von Ausschüssen in den von Ihnen vorgeschlagenen Varianten bedeutet unseres Erachtens die Gefahr, dass die Intensität der Behandlung von Themen nachlassen könnte. Das kann dazu führen, dass die wenigen Ausschüsse häufiger tagen als die Ausschüsse jetzt, länger dauern und die Debatten in die Stadtrats-Sitzungen verlagert werden.
Damit wird nicht nur die Qualität der inhaltlichen Arbeit schlechter, sondern auch die Einsparung von Sitzungsgeldern wird somit deutlich geringer ausfallen, als es die Vorschläge vermuten lassen.
Die Personalkosten der Verwaltung werden ohnehin nur theoretisch eingespart. Es handelt sich hier meist um „Fixkosten", da Angestellte und Beamte in jedem Fall bezahlt werden. Außerdem werden Überstunden bei leitenden Angestellten nicht gesondert vergütet, sondern sind bereits durch die Höhe der Vergütung für diese Tätigkeiten abgegolten.

Es spricht also einiges dafür, die Ausschussstruktur mit Überlegung und Augenmaß zu verändern. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht sich mehrheitlich für eine Veränderung der Ausschussstruktur aus, wenngleich es auch Stimmen in der Fraktion gibt, die dies generell ablehnen.

In manchen Punkten scheint eine Anlehnung der Ausschuss-Struktur an die Dezernatsstruktur sinnvoll und wird von unserer Fraktion unterstützt.

OB: Die Zusammenlegung des VWA und FuG zum Verwaltungs- und Gleichstellungsausschuss (VWG) halten wir für sinnvoll und unterstützenswert. Der Aspekt „Familie" sollte sich jedoch im GeSo wiederfinden.

BG I: Wir würden hier nur die Variante 1 mit der Zusammenlegung der Ausschüsse KRB und Vergabe zu einem Rechts- und Vergabeausschuss (RuV) sowie die separate Weiterführung des Ausschusses für Umwelt und Energie (UwE) mittragen.

BG II: Einer Zusammenlegung der Ausschüsse Reprü und F/G zu einem Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Grundstücksangelegenheiten (FRG) stimmen wir zu

BG III: Zustimmung für das Weiterbestehen des Ausschusses für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik (RWB)

BG IV: Die Zusammenlegung der beiden Ausschüsse Kultur und Bildung *lehnen wir ab* und plädieren unbedingt für den Erhalt der Eigenständigkeit der beiden Ausschüsse

BG V: Der Erhalt der Ausschüsse Juhi und GeSo wird unterstützt, jedoch ist zu prüfen, inwieweit das Thema „Familie" aus dem ehem. FuG dann hier mit einfließen kann in einen neuen Ausschuss Gesundheit, Soziales und Familie (GeSoFa)

BG VI: Zustimmung zum unveränderten Bestehen des StBV

Fazit:

Aus Sicht unserer Fraktion ist mit dem von Ihnen vorgeschlagenen Umfang der Zusammenlegung der Ausschüsse eine Einengung der Handlungs- und Gestaltungsspielräume und Kontrollrechte der gewählten Volksvertreter (Stadträte) verbunden.

Dies könnte dazu führen, dass viele Bürger nicht mehr in der Lage sein werden, ihre diesbezüglichen Aufgaben angemessen wahrzunehmen und wird deshalb von uns abgelehnt.

Dennoch können wir Ihren Vorschlägen insofern zustimmen, dass aus den bisher insgesamt 13 Ausschüssen (beschließend + beratend) nach der Zusammenlegung noch insgesamt 10 Ausschüsse (incl. Juhi) bestehen bleiben.

Magdeburg, den 21.03.2013

Wolfgang Wähnelt
Fraktionsvorsitzender

Fraktion CDU / BfM
im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg

Fraktion CDU / BfM im Stadtrat der Landeshauptstadt, 39090 Magdeburg

Landeshauptstadt Magdeburg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Lutz Trümper

- im Hause -

Landeshauptstadt Magdeburg
Fraktion CDU/BfM im Stadtrat
39090 Magdeburg

Altes Rathaus, Alter Markt,
1. Obergeschoss, Zimmer 142
Telefon (0391) 540 28 71
Telefax (0391) 540 27 80
cdu_fraktion@stadt.magdeburg.de
www.cdu-magdeburg.de

Fraktionsvorsitzender
Wigbert Schwenke MdL

Fraktionsgeschäftsführer
[redacted]
Tobias Krull

Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister
04. April 2013
Anlagen

Item 3 zur Kenntnis zum Vorgang

4. April 2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

bezüglich Ihres Anschreibens zur Neustrukturierung der Ausschüsse des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg darf ich Ihnen nach der gestrigen Fraktionsvorstandssitzung folgende grundsätzliche Meinung der Fraktion zu der Thematik mitteilen:

Eine Zusammenlegung des Verwaltungsausschusses mit dem Ausschuss für Familie und Gleichstellung wird durch die Fraktion nicht befürwortet. Anstelle dessen möchten wir anregen, die Zusammenlegung des Gesundheits- und Sozialausschusses und des Ausschusses für Familie und Gleichstellung zu einem Sozialausschuss zu prüfen.

Bezugnehmend der Fusion der Ausschüsse im Aufgabenbereich des Dezernates I stimmen wir grundsätzlich dem Vorschlag der Variante II zu - also einer Zusammenlegung zum Rechts-, Umwelt- und Vergabeausschuss.

Die vorgeschlagene Zusammenlegung des Finanz- und Grundstücksausschusses mit dem Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling sehen wir sehr kritisch und plädieren für die Beibehaltung der Trennung der beiden Gremien.

Eine Zusammenlegung des Ausschusses für Bildung, Schule und Sport mit dem Kulturausschuss halten wir für prüfenswert bzw. können uns dies grundsätzlich vorstellen.

Den anderen in dem Papier gemachten Ausführungen bzw. Vorschlägen können wir als Fraktion folgen.

...

Natürlich bleibt das Selbstorganisationsrecht des Stadtrates in der kommenden Wahlperiode von den derzeitigen Überlegungen und Entscheidungen unberührt.

Für Rückfragen steht Ihnen die Fraktion selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Wigbert Schwenke MdL
Fraktionsvorsitzender

FDP
Ratsfraktion Magdeburg

FDP-Ratsfraktion Magdeburg | Alter Markt 6 | 39104 Magdeburg

Landeshauptstadt Magdeburg
Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Lutz Trümper
Hauspost

Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister
22. März 2013
Anlagen

Magdeburg, d. 22. März 2013

Reduzierung von Ausschüssen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Ihrem Schreiben vom 07.03.2013 baten Sie um eine Mitteilung, mit welchem Ergebnis die Fraktion die Vorschläge zur Reduzierung von Ausschüssen diskutiert hat.

Dazu kann ich Ihnen mitteilen, dass die FDP-Ratsfraktion nach ausführlicher Diskussion mehrheitlich zu folgender vorläufigen Meinungsbildung gelangt ist.

Eine Reduzierung der Anzahl der Ausschüsse

- darf nicht zu Lasten der Qualität der inhaltlichen Sach- und Fachdiskussion der Gemeindeangelegenheiten gehen, für die der gewählte Stadtrat zuständig ist (siehe GO LSA, §§ 44 – 49).

- darf nicht dazu führen, dass in den Sitzungen des Stadtrates möglicherweise der Meinungsaustausch fortgesetzt werden muss.

- sollte nicht erneut dazu führen, dass kleinere Fraktionen kein Mitbestimmungsrecht haben. Daher begrüßen wir Ihren Vorschlag ausdrücklich, dass zukünftig alle im SR vertretenen Fraktionen ein stimmberechtigtes Mitglied entsenden dürfen. Die FDP strebt an, dass dies auch für die Betriebsausschüsse sukzessive durchgesetzt wird. Darüber hinaus bemüht sich die FDP-Ratsfraktion darum, dass zukünftig alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen Mitglieder in die Organe der städtischen Eigengesellschaften und Gesellschaften mit städtischer Beteiligung entsenden dürfen.

- sollte unter der Prämisse untersucht werden, dass Arbeits- und Beratungsabläufe für die Mitglieder des Stadtrates und der Verwaltung optimiert werden, ohne die Beratungsqualität einzuschränken. Ein möglicher finanzieller Einspareffekt, wie er auch aus den uns übergebenen Unterlagen hervorgeht, wird – im Kontext des Gesamthaushaltes betrachtet - als eher marginal eingeschätzt.

- sollte sich nur dort an den Dezernatsstrukturen orientieren, wo es inhaltlich sinnvoll, praktikabel und politisch vertretbar erscheint.

Alter Markt 6
39104 Magdeburg

Tel.: 0391 | 540 2803
Fax: 0391 | 540 2815

www.fdp-magdeburg.de
fdp_fraktion@stadt.magdeburg.de

Unter diesen Voraussetzungen könnten konkrete Veränderungen in den Ausschussstrukturen sein:

- FuG und Geso zusammenlegen - FuG nicht mit VW zusammenlegen, weil der VW übergeordnete Themen, inkl. Personalien diskutiert. Es wird die Gefahr gesehen, dass die Themen des Familien- und Gleichstellungsausschusses auf der Strecke bleiben könnten.

- Zusammenlegung StBV und UwE empfohlen – es wird zwar das Problem gesehen, dass die Gefahr besteht, die Umweltthemen möglicherweise zu sehr aus der Perspektive des StBV zu diskutieren. Dem entgegen steht aber die derzeitige Zusammensetzung der beiden Ausschüsse. Drei von den sieben stimmberechtigten Mitgliedern im UwE sind auch Mitglied des StBV.
  Zustimmung zur Zusammenlegung KRB und Vergabeausschuss (VG) – beides sind Ausschüsse, in denen die Berücksichtigung der rechtlichen Grundlagen eine wichtige Rolle spielt.

- Zusammenlegung FG und RPB – beide Ausschüsse beschäftigen sich mit dem Haushalt der Stadt und der Wahrung der Haushaltsgrundsätze. Daher wird eine Zusammenlegung als möglich angesehen, wenn auch zu beachten ist, dass der RPB auch ein Kontrollgremium in Haushaltsfragen ist.

- Der RWB sollte unverändert bestehen bleiben.

- BSS und KA – aus Sicht der Ressortzuordnung erscheint eine Zusammenlegung möglich. Auch, weil durch die EB-Bildung von Theater, Puppentheater und Konservatorium die Themen, mit denen sich der KA ursächlich zu beschäftigen hat, auf ein wenige Schwerpunkte reduziert wurden.

- VW – der Verwaltungsausschuss sollte seiner herausgehobenen Bedeutung gemäß eigenständig bestehen bleiben.

- Juhi – eigenständig aufgrund der übergeordneten Gesetzgebung

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jörg Schuster
Fraktionsvorsitzender